

Präsidentenwahlen in Rußland: Jelzin oder Sjaganow

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (1996). *Präsidentenwahlen in Rußland: Jelzin oder Sjaganow*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 39/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46354>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Präsidentenwahlen in Rußland: Jelzin oder Sjuganow

Zusammenfassung

Nur der Amtsinhaber Jelzin und sein kommunistischer Herausforderer scheinen bei den Präsidentenwahlen eine Chance zu haben. Trotz des patriotischen Konsenses, der beide Lager verbindet, ist dies eine Richtungswahl von erheblicher Tragweite. Jelzin hat durch unerwarteten Aktivismus Führerschaft demonstriert und erheblich in der Gunst der Wähler aufgeholt, die eine Rückkehr der Kommunisten an die Spitze des Staates nicht wollen. Sjuganows großer Vorteil besteht darin, daß er - wie Jelzin 1991 - aus der Opposition heraus agieren kann, die bisher bei Wahlen in Rußland stets erfolgreich war. Er kann durch die Verbindung von sozialistischer Nostalgie und national-imperialer Programmatik eine breite Wählerschaft mobilisieren, die sich als Verlierer der bisherigen Reformen sieht. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen in einem zweiten Wahlgang am 7. oder 14. Juli erscheint wahrscheinlich.

Konflikt und Konsens

Der Wahlkampf und die politische Entwicklung seit 1995 lassen eigentlich nur die Alternative zwischen einem Sieg für den Amtsinhaber Jelzin oder seinen Herausforderer Sjuganow, den Vorsitzenden der KPRF, zu. Die Entscheidung wird voraussichtlich nicht im ersten Wahlgang am 16. Juni, sondern erst im zweiten am 7. oder 14. Juli fallen. Für einen Sieg im ersten Wahlgang wären mehr als 50% der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Bei der Stichwahl zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten siegt der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält. Beim ersten Wahlgang ist eine Beteiligung von mindestens 50% der registrierten Wähler erforderlich, das gilt jedoch nicht für den zweiten Wahlgang.¹

Die Kandidatur von Jelzin und Sjuganow hat sich erst seit Ende 1995 herauskristallisiert (offiziell seit dem 15. Februar 1996) - bereits dies zeigt, in welchem hohem Maß die Zukunft in Rußland offen ist. Jelzin hatte

¹ Diese Aktuelle Analyse beruht auch auf den Vorarbeiten der Wissenschaftler des BIOst, insbesondere auf den Aktuellen Analysen und Berichten von Roland Götz, Ognian Hishow, Peter Hübner, Assen Ignatow, Eberhard Schneider und Heinz Timmermann.

zuvor einen Verzicht auf eine Kandidatur für eine neue Amtszeit nicht ausgeschlossen. Für Sjuganows Kandidatur schufen erst die Duma-Wahlen im Dezember 1995 die Voraussetzung. Sie brachten einen erdrutschartigen Sieg für die KPRF, die ihren Stimmenanteil in der Duma verdreifachen konnte und zusammen mit ihrer Zwillingspartei Agrarier über 41% der Stimmen verfügt; dies ist der mit Abstand stärkste Abgeordnetenblock.

Dagegen ist es in Rußland nicht gelungen, eine demokratische Alternative gegen Jelzin zu formieren. Grigorij Jawlinskij erhebt seit 1993 Anspruch auf diese Rolle. Die hinter ihm stehende Partei Jabloko konnte zwar ihren Stimmenanteil in der Duma von 6,1% (1993) auf 10,2% (1995) verbessern, ihr Kandidat erscheint jedoch heute weniger Aussicht auf die Präsidentschaft zu haben als vor Beginn des Wahlkampfes.

Sjuganow und Jelzin stehen einander unversöhnlich gegenüber. Der Wahlkampf ist in hohem Maß personenbezogen, emotional und prinzipiell. Konkrete Alternativen in Sachfragen spielen eine untergeordnete Rolle. Allenthalben wird die Schicksalhaftigkeit der jetzigen Wahl betont. Jeder porträtiert den möglichen Sieg des Kontrahenten als Unglück für das Vaterland, ja als Vorstufe zum Bürgerkrieg. Sjuganow wirft den Demokraten vor, das Land durch sogenannte Reformen in den Abgrund und die Menschen in Armut und Hoffnungslosigkeit gestürzt zu haben. Die Kommunisten verdächtigen Jelzin und seinen Apparat, Wahlfälschungen im großen Stil zu planen, und die Wahlkampfmannschaft des Präsidenten unterstellt, daß die Kommunisten bei einer Wahlniederlage durch einen Staatsstreich die Macht an sich bringen würden. Jelzin warnt vor den Kommunisten, die Rußland zurück in die Unfreiheit und ein Stalinsches Terrorregime führen würden.

Diese manichäische Weltsicht verdeckt die Tatsache, daß es in einigen politischen Grundsatzfragen einen Konsens gibt, der große Teile in beiden Lagern miteinander verbindet. Zu den Elementen der Übereinstimmung gehört die Überzeugung, daß Rußland als eine Großmacht von Weltbedeutung sich jetzt von den Knien erhebt und wieder seine Rolle in den internationalen Beziehungen wahrnehmen wird. Das Ende des Staates Sowjetunion im Dezember 1991 gilt übereinstimmend als ein Unglück, auch wenn die einen es für unabwendbar und die anderen für die Schuld von Gorbatschow oder Jelzin halten. Beide Lager streben eine über wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgehende Reintegration im postsowjetischen Raum an, die de facto eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Staaten des "nahen Auslands" bedeutet; diese Staaten werden als Rußlands natürliche, aus der Geopolitik abgeleitete Einflußzone angesehen.

Es herrscht auch darüber Konsens, daß eine Wiederherstellung der Verhältnisse der Breshnew-Zeit nicht in Frage kommt. Zu den Elementen des Konsenses gehören weiter erhebliche Vorbehalte gegenüber der vom Westen geprägten liberalen, demokratischen Ordnung und der Rechtsstaatlichkeit. Viele im Jelzin-Lager meinen, Rußland sei darauf heute nicht ausreichend vorbereitet, während viele im Sjuganow-Lager davon überzeugt sind, daß ein westliches Wertesystem grundsätzlich im Widerspruch zur russischen Tradition steht.

Dennoch rechtfertigen die Gemeinsamkeiten des imperial-patriotischen Konsenses keineswegs den Schluß, es mache keinen großen Unterschied, wer in Rußland Präsident wird. Wer Rußland führt, hat stets dem Land seinen Stempel aufgedrückt, zumal in Umbruchzeiten, die geprägt sind durch die Labilität und Unfestigkeit aller Verhältnisse.

Unterstützung für Jelzin

Zu Beginn des Jahres 1996 räumten die Meinungsumfragen und der Diskurs in der demokratischen Presse Jelzin kaum Chancen für die Wiederwahl ein. Bei Umfragen im Januar 1996 lag er nach Sjuganow, Jawlinskij, Shirinowskij und Lebed abgeschlagen auf Platz 5.¹ Im April hatten die beiden Spitzenreiter Sjuganow und Jelzin klar das Feld der übrigen Bewerber hinter sich gelassen, und Umfragen ergaben erstmals ein leichtes Übergewicht für Jelzin gegenüber Sjuganow bei einem angenommenen zweiten Wahlgang.² Zwei Trends scheinen allgemeine Bestätigung zu finden: Die beiden Kandidaten Sjuganow und Jelzin liegen an der Spitze und der amtierende Präsident hat seit Jahresbeginn erheblich in der Wählergunst gewonnen.

Der entscheidende Grund liegt darin, daß es Jelzin noch einmal wie 1990 und 1991 gelingt, die antikom-

¹ Sovetskaja Rossija, 1. Februar 1996.

² Segodnja, 20. April und 6. Mai 1996.

unistische Karte zu spielen und den antikommunistischen Konsens von damals zu beschwören. Eine Rückkehr der Kommunisten an die Spitze des Staates - so lautet die Wahlstrategie - würde alles in Frage stellen, was seit der Perestrojka erreicht worden ist: Meinungs- und Medienfreiheit, eine teilweise privatisierte Wirtschaft, weitgehende Öffnung nach außen, kurz, Rußland würde auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft eine Kehrtwendung nach rückwärts vollziehen. Sjuganow und die Kommunisten tragen zum Erfolg dieser Strategie bei, weil sie sich in keiner Weise von der kommunistischen Diktatur distanzieren, und im Gegenteil die Leistungen und Errungenschaften der kommunistischen Zeit ins helle Licht rücken: den Sieg im "Großen Vaterländischen Krieg", die soziale Sicherheit, Enthusiasmus und Ordnung.

Jelzin hat in seiner politischen Biographie mehrfach am Abgrund gestanden und gerade dann unerwartete Energien mobilisiert. Politischer Instinkt und Wille zur Macht haben Reserven freigesetzt, die dem von Krankheit und Müdigkeit gezeichneten Mann nicht zugetraut worden waren. Während der vergangenen Monate hat Jelzin einen weitgefächerten Aktivismus entfaltet, der von Auslandsreisen über zahlreiche Wahlkampftouren in die russische Provinz bis hin zu neuen Initiativen in drängenden politischen Fragen vor allem im Tschetschenien-Krieg reichten. Der Präsident hat dadurch in den Augen vieler Wähler Präsenz und Führung demonstriert, auch wenn das Charisma des Retters auf dem Panzer, der die kommunistischen Putschisten im August 1991 fast ohne Blutvergießen abwehrte, kaum wiederherstellbar ist.

Der Präsident reist durch das Land und verteilt in patriarchalisch-populistischer Weise Wohltaten: Hier bekommt eine Kolchose einen Traktor, in Chabarowsk werden die Tarife für Elektrizität und Heizung eingefroren, und in Moskau wird eine Kommission eingesetzt, die Maßnahmen ausarbeiten soll, um die Sparer für ihre Verluste während der Inflation seit 1991 zu entschädigen. Vor allem ordneten mehrere Ukase die Auszahlung der rückständigen Pensionen und Arbeitsentgelte an - offenbar mit Erfolg.

Zu den spezifischen und aus westlicher Perspektive schwer nachvollziehbaren Zügen der russischen politischen Kultur gehört, daß Jelzins Wahlkampf von keiner politischen Partei getragen wird, ja daß dies gerade als positiv und besonders demokratisch herausgestellt wird. "Der Präsident hat keine eigene Partei, und das ist eine Wohltat für das Land", erklärte Sergej Filatow, ein Wahlkampfmanager Jelzins.¹ Für den Wahlkampf wurde die "Gesamtrußländische Bewegung zur gesellschaftlichen Unterstützung von Boris Jelzin" gegründet, eine Dachorganisation zahlreicher entsprechender lokaler Initiativen, die oft eng mit staatlichen Strukturen zusammenarbeiten. Auch die zahlreichen, oft sehr konkreten und mit Kosten verbundenen Versprechungen, die Jelzin während seiner Wahlkampfreisen macht, können nur aus Budgetmitteln gedeckt werden, weshalb mit einem erneuten Ansteigen der Inflationsrate gerechnet wird, sollten alle Wahlversprechungen erfüllt werden.

Die vom Staat abhängigen Fernseh- und Rundfunkanstalten stehen im Dienst der Wiederwahl des Präsidenten. Das "erste" russische Fernsehen ORT (Öffentliches Rußländisches Fernsehen) war schon Ende 1994 durch organisatorische Umgestaltung auf Regierungslinie gebracht worden. Im Februar 1996 wurde der Direktor des "zweiten" Fernsehens RTR (Rußländisches Fernsehen), Oleg Popzow, wegen angeblich zu negativer Berichterstattung vom Präsidenten entlassen. Auch der Chef des einflußreichen unabhängigen Fernsehkanals NTV (Unabhängiges Fernsehen), Igor Malaschenko, stellte seine Anstalt seit März 1996 in den Dienst der Wiederwahl Jelzins. NTV hatte seit Ausbruch des Tschetschenien-Krieges (Dezember 1994) zu den schärfsten Kritikern des Präsidenten gehört. Zahlreiche Moskauer liberale Zeitungen haben sich ebenfalls im Laufe des Wahlkampfes mehr oder weniger eindeutig für eine Wiederwahl Jelzins eingesetzt und ihre Vorbehalte gegen den Amtsinhaber zurückgestellt, weil sie in ihm das kleinere Übel sehen.

Das Elektorat Jelzins und Sjuganows weist nach Ansicht der Soziologen deutliche Unterschiede auf. Die potentiellen Jelzin-Wähler kommen überwiegend aus der Altersgruppe bis 40 Jahre, haben ein überdurchschnittliches Einkommen, überdurchschnittliche Bildung und leben in Großstädten. Sjuganow schöpft sein Wählerpotential dagegen in erster Linie aus der Gruppe der älteren Menschen und derjenigen mit einem unterdurchschnittlichen Bildungsstand. Für Sjuganow erklären sich überdurchschnittlich viele Arbeiter, Pensionäre, Kolchosbauern und generell Landbewohner.²

Wie seit der Perestrojka-Zeit ist die russische Gesellschaft auch heute uneinig darüber, ob das kommunistische Regime in Rußland eine Zukunft haben sollte oder sich erschöpft hat. 34% erklärten bei einer Umfrage, sie wünschten nach den Wahlen keine Änderung der Staatsordnung zugunsten eines kommunistischen

¹ Moskovskie novosti, 31. März 1996, S. 6.

² Segodnja, 18. April 1996; Izvestija, 30. April 1996.

Regimes, aber 29% befürworteten solche Änderungen.¹ Generell stehen die Wähler einem möglichen Wahlsieg Sjuganows gelassener gegenüber als es die Wahlkampfrhetorik des Präsidenten erkennen läßt. Im April 1996 sahen nur 10% in der Machtübernahme durch die Kommunisten eine Bedrohung für Rußland; 5% hielten die Beibehaltung der jetzigen Führung für eine solche Bedrohung.²

Unterstützung für Sjuganow

Die Hauptstütze für Sjuganow ist die in der Bevölkerung weit verbreitete Enttäuschung über die Umbrüche der vergangenen zehn Jahre. Der weitaus größte Teil der Menschen zählt sich zu den Verlierern, die herausfordernde Selbstdarstellung der Gewinner von Perestrojka und Marktwirtschaft steigert noch Ablehnung und Verbitterung. Die Nostalgie nach der angeblich gleichen, wenn auch bescheidenen Versorgung mit den Grundgütern im Sozialismus hat Konjunktur.

Für die jetzigen Verhältnisse werden jene verantwortlich gemacht, die vor fünf Jahren die Macht an der Spitze des Staates übernommen haben, nicht aber das kommunistische System, dessen Erbe die Demokraten der ersten Stunde antraten. Vor zehn Jahren schien das kommunistische System endgültig diskreditiert und delegitimiert. Jetzt besteht die Gefahr, daß auch Demokratie und Marktwirtschaft in den Strudel der Delegitimierung hineingezogen werden, weil diese Ordnungsvorstellungen die Krise in Rußland - anders als in den Staaten Ostmitteleuropas - nicht haben überwinden können. Kommunistische Gesellschaft und Staat gewinnen vor dem Hintergrund des heutigen Mafia-Kapitalismus in den Augen vieler Wähler wieder Glanz und Legitimität. Dieser Stimmungslage kommt Sjuganow aus Überzeugung und mit taktischem Geschick entgegen. Allerdings ist er auch mit der Angst bei einem Teil der Wählerschaft konfrontiert, daß gerade die Rückkehr der Kommunisten an die Macht neue Erschütterungen auslösen könnte. Er sucht diese Befürchtungen durch die ständige Versicherung auszuräumen, die KPRF lehne eine Revolution am Ende des 20. Jahrhunderts strikt ab.

Sjuganow hat den unschätzbaren Vorteil, aus der Opposition heraus agieren zu können. Seit es Wahlen in Rußland gibt - d.h. seit 1989 - hat stets die Opposition gewonnen, weil die Wähler immer mit den gegenwärtigen Verhältnissen unzufrieden waren und in erster Linie gegen die Macht und nicht so sehr für die Alternative stimmten. Bei der Beurteilung der Wahlchancen der kommunistischen Opposition muß also bedacht werden, daß sie seit 1993 sowohl bei gesamtstaatlichen Wahlen wie bei Regionalwahlen große Erfolge zu verbuchen hatte. Darüber hinaus ist daran zu erinnern, daß inzwischen überall in den ehemals kommunistischen Staaten die antikommunistischen Demokraten der ersten Stunde abgewählt worden oder wie in Tschechien geschwächt aus Wahlen hervorgegangen sind. Insofern wäre ein Sieg Sjuganows die Fortsetzung eines Trends in Rußland und in den meisten ehemals kommunistischen Staaten. Der Unterschied zwischen den Postkommunisten in Ostmitteleuropa und der KPRF ist allerdings eklatant: Die russischen Kommunisten sehen sich nicht nur symbolisch durch die Beibehaltung des Namens in der Tradition der Bolschewiki. Sie teilen mit ihnen zentrale Grundeinstellungen zu Politik und Gesellschaft: die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft und die Allzuständigkeit des Staates. Die Rolle Rußlands sehen sie in der Verhinderung einer Diktatur der USA über die Welt.

Der Erfolg Sjuganows läßt sich jedoch nicht allein mit sozialistischer Nostalgie und einer rückwärtsgerichteten Grundstimmung vieler Wähler erklären. Entscheidendes kommt hinzu: Die KPRF hat sich seit ihrer Gründung (Sommer 1990) als eine Partei der national-imperialen Interessen Rußlands verstanden. Sjuganow hat seit 1991 führend an der Bildung jener Koalition mitgewirkt, die heute eine überwältigende Wählerschaft mobilisieren kann: die Verbindung der hergebrachten, nur leicht reformierten Kommunisten mit den russisch-nationalen Kräften, für die Rußlands Größe und Macht Priorität haben, weil sie überzeugt sind, daß Wohlstand und soziale Gerechtigkeit wie selbstverständlich aus der Größe Rußlands fließen. Weil der russische Nationalismus imperial und überwiegend antiliberal orientiert ist, war die "Vereinigte Opposition" von der "Front der Nationalen Rettung" (gegründet im Oktober 1992) bis zu Sjuganows Wahlblock der "volkspatriotischen Kräfte" so erfolgreich. Sjuganow dürfte deshalb andere national-patriotische Kandidaten, wie Shirinowskij und Lebed, marginalisieren, weil sie nicht an der ideologischen und organisatorischen Symbiose von kommunistischer Vergangenheit und imperial-nationaler Zukunft gearbeitet haben. Nicht ohne Grund werden heute führende Vertreter der imperial-nationalen, nichtkommunistischen Bewegung, wie Sergej Baburin, Stanislaw Goworuchin oder der ehemalige Vize-

¹ Moskovskie novosti, 31. März 1996, S. 7.

² Izvestija, 30. April 1996.

präsident (1991-93) Alexander Ruzkoj, als mögliche Minister in einer Regierung unter Sjuganow gesehen.

Die Kommunisten können sich auf eine relativ stabile Wählerschaft in der "roten Provinz" stützen. Seit den Duma-Wahlen 1993 haben die Wähler in den meisten Gebieten und Republiken südlich des 55. Breitengrades die KPRF zur stärksten Partei gemacht. Dieser dicht bevölkerte, breite Streifen reicht von Brjansk und Smolensk im Westen über den "roten Gürtel" um Moskau nach Südrußland und in weite Teile des Nordkaukasus bis in die Gebiete Kemerowo und Amur im Osten. Insofern ist das Wählerverhalten in den Städten Moskau, St. Petersburg und in Jelzins Heimat, im Gebiet Swerdlowsk, wo die KPRF im Dezember 1995 lediglich 14,8%, bzw. 13,2% und 8,3% der Stimmen erhielt, untypisch für das Land insgesamt.¹ Die Gouverneure und lokalen Führungseliten, die inzwischen eine erhebliche Macht darstellen, nehmen im gegenwärtigen Wahlkampf zumeist eine abwartende Haltung ein. Die lokalen Machthaber betrachten den Wahlausgang anscheinend als offen und möchten sich die Möglichkeit vorbehalten, zum richtigen Zeitpunkt auf die Seite des Siegers zu treten. Sollte der Sieger Sjuganow heißen, so würde dies den vielen Rätseln der Geschichte Rußlands eine weitere Paradoxie hinzufügen: Ausgerechnet nach dem Sturz der Kommunisten von der Macht wäre zum ersten Mal ein kommunistischer Führer demokratisch legitimiert. Lenin und seine Nachfolger hatten es nach dem Fiasko mit der Konstituante 1917/18 nicht mehr gewagt, sich einer demokratischen Wahl zu stellen.

Alternativen zukünftiger Politik

Die erstmalige Abhaltung von Präsidentschaftswahlen im neuen Rußland (die Präsidentschaftswahlen im Juni 1991 fanden in der RSFSR, einer Teilrepublik der UdSSR, statt) ist ohne Zweifel ein wichtiger Markstein auf dem Weg der Demokratisierung. Wie dünn das Eis dennoch ist, zeigt die breite öffentliche Diskussion darüber, daß - so wird vielfach gesagt - über den nächsten Präsidenten nicht an den Wahlurnen entschieden wird. Nachdrücklich wird die Einschätzung vertreten, Jelzin werde Präsident bleiben, "sogar wenn er verliert".² Dies wird in vielen Fällen keineswegs als worst-case-Szenario angesehen, sondern als das kleinere Übel gegenüber einer demokratisch legitimierten Präsidentschaft von Sjuganow.

Dahinter steht die wohl zutreffende Erwartung, daß eine Regierung Sjuganow in allen Politikfeldern neue, repressive Signale setzen würde. Zunächst würde es vermutlich zu einer Auswechselung des Führungspersonals im Präsidentenapparat, in der Regierung und bei den bewaffneten Kräften, einschließlich der Sicherheitsdienste, kommen. Es erscheint undenkbar, daß die jetzige Sjuganow-kritische Linie der zentralen elektronischen Medien und eines Großteils der hauptstädtischen Presse fortgesetzt werden würde. Opportunismus, Mimikry und Repressalien werden wie stets von außen schwer zu unterscheiden sein. Insgesamt muß in der Innenpolitik mit einer härteren Gangart gerechnet werden: Einschränkungen der politischen Opposition, zensurähnliche Eingriffe in die Medien, weitere polizeistaatliche Maßnahmen gegen das organisierte Verbrechen, Stärkung des Militärs und Einbindung der Sicherheitsdienste in die neue Linie.

In der Wirtschaftspolitik ist mit einer Wende nach rückwärts und dem Versuch zur Wiedererrichtung einer sozialistischen Wirtschaft zu rechnen. Die Folge einer freizügigen Subventionspolitik zugunsten der Rüstungs- und der Landwirtschaft sowie zur Befriedigung dringender sozialer Nöte wären steigende Inflation und nachfolgend staatliche Preiskontrollen. Protektionismus zum Schutz der heimischen Produktion würde von der Öffnung zum Weltmarkt weg und hin zu einer neuen Isolation führen. In der Wirtschaft - wie in der Innenpolitik allgemein - würden staatliche Regulierung die Eigeninitiative und Selbsttätigkeit der Gesellschaft zurückdrängen.

Die meisten Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten scheint es in der auswärtigen Politik zu geben: Ablehnung der NATO-Osterweiterung, Distanz zum Westen, Ausbau der Beziehungen zu China, dem Iran und anderen asiatischen Ländern, Reintegration im postsowjetischen Raum. Dennoch ist davon auszugehen, daß Sjuganow auch im Bereich der auswärtigen Beziehungen neue Akzente setzen würde. Sie dürften eine gemeinsame russisch-westliche Konfliktbearbeitung erschweren. Der Druck auf die Ukraine und die baltischen Staaten, sich einer Reintegration zu fügen, könnte zunehmen. Die Fortführung des sicherheitspolitischen Dialogs mit dem Westen und Fortschritte bei der Abrüstung dürften

¹ R.W. Orttung/S. Parrish, Duma Votes Reflect North-South Divide, in: Transition, II, 4, 23. Febr. 1996, S. 12-14; J. Stadelbauer, Zur regionalen Differenzierung der Duma-Wahlergebnisse, in: Osteruopa, 46, 5, 1996, S. 449-457.

² L. Ševcova, El'cin ostanetsja, daže esli proigraet, in: Nezavisimaja gazeta, 26. April 1996.

an neue Bedingungen geknüpft werden.

Sollte Jelzin an den Wahlurnen siegen, ginge der Präsident gestärkt mit einem großen Vorrat an demokratischer Legitimation in eine neue Amtszeit. Ob dies allerdings zu einem neuen reformerischen Aufbruch wie 1991/92 führen würde, muß bezweifelt werden. Jelzin hat sich stets dem Geist und der Stimmung im Land angepaßt; dies war und ist sein Rezept für den Erfolg. Derzeit aber gibt es in Rußland keine Mehrheit für Verwestlichung, liberale Marktwirtschaft oder die Entlassung der Tschetschenen aus dem russischen Staatsverband. So könnte der neue Jelzin-Kurs der alte sein mit Korrekturen zugunsten der Restauration, aber mit mehr Chancen für eine demokratische Zukunft als im Fall Sjuganows.

Gerhard Simon

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071